

Abwesende

- 26. Mag. Gert Markowski
- 27. Dipl.Ing. Siegbert Terzer
- 28. GR Klaus Schmid
- 29. Marina Keckeis-Vonbrül, Bed.

Der Vorsitzende teilt mit, dass alle Gemeindevertretungsmitglieder ordnungsgemäß zur Teilnahme an dieser Sitzung geladen wurden und stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit der vorstehend angeführten Gemeindevertretungsmitglieder und der Ersatzleute die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

ÜBERSICHT

- Angelobung
- 1 Beschlussfassung über die Veröffentlichung der 3. Gemeindevertretungssitzung als Live-Stream
- 2 Berichte
 - 2.1 Berichte des Bürgermeisters
 - 2.1.1 Finanzielle Auswirkungen aufgrund Covid-19
 - 2.1.2 Sitzungsmanagement mit SessionNet
 - 2.1.3 LandLuft Baukulturgemeindepreis 2021
 - 2.1.4 Region Im Walgau
 - 2.1.5 Region Vorderland
 - 2.1.6 Vorarlberger Gemeindeverband
 - 2.1.7 Neue Homepage
 - 2.2 Berichte aus dem Gemeindevorstand
 - 2.3 Berichte aus den Ausschüssen und Projektgruppen
 - 2.3.1 Ausschuss Bau und Raumplanung
 - 2.3.2 Ausschuss Finanzen und Ressourcen
 - 2.3.3 Ausschuss Land- und Forstwirtschaft
 - 2.3.4 Projektgruppe Leistbares Wohnen
 - 2.4 Termine
- 3 Wahlen in die Ausschüsse und Delegierte
- 4 Genehmigung des Pachtvertrages mit der Fa. Back Kultur bzgl. der PV-Anlage "Pfründeweg 3"
- 5 Genehmigung einer Garantieerklärung betreffend Zwischenfinanzierungskredit 2021-2025 des Wasserverband Ill-Walgau
- 6 Vergabe Leittechnik Wasserversorgung Göfis
- 7 Vorlage und Behandlung des Prüfberichtes des Landes-Rechnungshof Vorarlberg
- 8 Genehmigung der 2. Niederschrift vom 1. Oktober 2020
- 9 Allfälliges

Angelobung

Gemäß § 37 des Gemeindegesetzes legen die Ersatzmitglieder der Gemeindevertretung:

- Meinrad Müller
- Walter Lampert
- Peter Ebster

vor dem Gemeindevorstand Bgm. Thomas Lampert das Gelöbnis gemäß § 37 Gemeindegesetz ab und geloben:

„Die Verfassung sowie alle übrigen Gesetze gewissenhaft zu beachten, die Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Gemeinde Göfis nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

1. Beschlussfassung über die Veröffentlichung der 3. Gemeindevertretungssitzung als Live-Stream

Aufgrund der geltenden Ausgangssperre stellt Bgm. Thomas Lampert den Antrag, die Gemeindevertretungssitzung heute ausnahmsweise via Livestream zu übertragen. Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu..

2. Berichte

2.1. Berichte des Bürgermeisters

2.1.1. Finanzielle Auswirkungen aufgrund Covid-19

Monat	Vergleich 2019 (= Prognose 2020)		IST 2020		Differenz		
	Ertragsanteil	Komm.Steuer	Ertragsanteil	Komm.Steuer	Ertragsanteil	Komm.Steuer	Gesamt
Jänner	339.717 €	27.700 €	363.662 €	25.278 €	23.945 €	- 2.422 €	21.523 €
Februar	260.455 €	27.700 €	273.373 €	27.802 €	12.918 €	102 €	13.020 €
März	222.774 €	27.700 €	223.601 €	25.360 €	827 €	- 2.340 €	- 1.513 €
April	312.857 €	27.700 €	343.937 €	20.800 €	31.080 €	- 6.900 €	24.180 €
Mai	199.288 €	27.700 €	176.925 €	19.380 €	- 22.363 €	- 8.320 €	- 30.683 €
Juni	172.929 €	27.700 €	114.526 €	20.996 €	- 58.403 €	- 6.704 €	- 65.107 €
Juli	333.625 €	27.700 €	251.959 €	54.125 €	- 81.666 €	26.425 €	- 55.241 €
August	227.001 €	27.700 €	166.285 €	23.104 €	- 60.716 €	- 4.596 €	- 65.312 €
September	222.977 €	27.700 €	219.050 €	25.196 €	- 3.927 €	- 2.504 €	- 6.431 €
Oktober	329.018 €	27.700 €	288.019 €	27.147 €	- 40.999 €	- 553 €	- 41.552 €
November	243.234 €	27.700 €	210.188 €	27.700 €	- 33.046 €	- €	- 33.046 €
Dezember	296.063 €	27.700 €	296.063 €	27.700 €	- €	- €	- €
Summe	3.159.938 €	332.400 €	2.927.588 €	324.588 €	- 232.350 €	- 7.812 €	- 240.162 €

Die Mindereinnahmen aus Ertragsanteilen und Kommunalsteuer aufgrund von Covid-19 belaufen sich für die Gemeinde Göfis auf bislang rund € 240.000,--.

2.1.2. Sitzungsmanagement mit SessionNet

Derzeit wird ein digitales Sitzungsmanagement für die Gemeindemandatare eingeführt. Einladungen, Niederschriften und Unterlagen zu den Sitzungen können von Seiten der Mandatare digital abgerufen werden.

2.1.3. LandLuft Baukulturgemeindepreis 2021

Bgm. Thomas Lampert und GR Caroline Terzer, MSc, vertraten die Gemeinde Göfis bei einem Hearing vor einer prominent besetzten Jury in Waidhofen an der Ybbs. Im Frühjahr 2021 wird sich zeigen, ob die Gemeinde Göfis mit ihrem eingereichten Projekt in die Favoritenauswahl zum LandLuft Baukulturgemeindepreis 2021 kommt.

2.1.4. Region Im Walgau

Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung wurden mögliche Kooperationen angesprochen. Ein regionaler Austausch mit Kulturverantwortlichen findet vierteljährlich statt. Weiters sind die Umsetzung von regional bedeutsamen Veranstaltungen und ein kindgerechtes Sommerprogramm für 2021 in Überlegung. Ein „Walgau-Portrait“ in Form von Kurzfilmen wird derzeit gestartet.

Die in allen Gemeinden notwendigen sicherheitstechnischen Überprüfungen werden im Jahr 2021 gemeinsam neu ausgeschrieben.

Die „Sicherheitstechnische Unterweisungen für die Gemeindebediensteten“ wird ebenso im Jahr 2021 bei Bedarf gemeinsam organisiert und durchgeführt.

Die Brandverhütungsstelle wird für die Gemeinden der Regionen Walgau und Vorderland die Feuerbeschau durchführen.

2.1.5. Region Vorderland

Der Regionalmarkt Vorderland-Walgau-Bludenz entwickelt sich sehr gut zur vorarlbergweiten Drehscheibe für regionale und bäuerliche Produkte.

Die geplante Info-Veranstaltung für Mandatare zum regionalen Räumlichen Entwicklungskonzept konnte aufgrund der derzeitigen Situation nicht durchgeführt werden. Es werden derzeit Erhebungen in den Gemeinden zum Schwerpunkt Betriebsgebiete durchgeführt.

Die Grundlagenenerhebung für ein Hallenbad in der Region ergab, dass ein wirtschaftlicher Betrieb nicht möglich und realistisch ist.

2.1.6. Vorarlberger Gemeindeverband

In der Generalversammlung des Vorarlberger Gemeindeverbandes wurde Bgm. Andrea Kaufmann aus Dornbirn als Präsidentin bestätigt. Die Stellvertreter sind die Bürgermeister Christian Loacker aus Götzis und Paul Sutterlüty aus Egg. In den Vorstand des

Gemeindeverbandes wurde unter anderem auch die Gemeinde Göfis, vertreten durch Bgm. Thomas Lampert, bestellt.

2.1.7. Neue Homepage

Die Neugestaltung der Gemeindehomepage www.goefis.at bietet neben einer optischen Auffrischung auch eine bessere Navigation und Suche.

2.2. Berichte aus dem Gemeindevorstand

- Die Parteienfinanzierung für die Jahre 2021 bis 2025 wurde festgelegt.
- Für die effiziente Gebäudeverwaltung erfolgte die Anschaffung eines Schlüsseltresors.
- Ein Display für die Anzeige der Leittechnik der Wasserversorgung wird im Bauamt installiert.
- Die Vergabe von Servicearbeiten an den Fenstern aller Gemeindegebäude erfolgte an ein Göfner Unternehmen.

2.3. Berichte aus den Ausschüssen und Projektgruppen

2.3.1. Ausschuss Bau und Raumplanung

Die Themenschwerpunkte für die Legislaturperiode wurden festgestellt. Dabei bildet die Überarbeitung des Räumlichen Entwicklungsplanes einen besonderen Schwerpunkt.

2.3.2. Ausschuss Finanzen und Ressourcen

Zur Bearbeitung stehen die Bereiche Gebühren und Budget 2021 an. Weiters erfolgt eine Kosten- und Förderungsberechnung für das Projekt Sebastianswiese.

2.3.3. Ausschuss Land- und Forstwirtschaft

Unter den geplanten Themen für die nächsten Jahre sind unter anderem die Betreuung der Wanderwege, die landwirtschaftliche Förderung sowie die allfällig notwendige Errichtung von Forstwegen. Weiters erfolgte ein Austausch mit den Mitarbeitern der Forstbetriebsgemeinschaft Walgau.

2.3.4. Projektgruppe Leistbares Wohnen

Ein Schwerpunkt der Aufgaben wird die Vermittlung von leerstehenden Gebäuden zu einer besseren Nutzung darstellen.

2.4. Termine

Am Donnerstag, dem 19. November 2020, findet um 18.00 Uhr die Generalversammlung der Musikschule Walgau in Schlins statt.

3. Wahlen in die Ausschüsse und Delegierte

Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag nachfolgende Veränderungen in Ausschüssen auf Antrag der Fraktionen sowie der zusätzlichen Besetzung von Delegierten in der Musikschule Walgau aufgrund der Schülerzahlen durchzuführen:

Ausschuss für Forst- und Landwirtschaft

Als Mitglied Jakob Ammann anstelle von Kerstin Rietzler von der Dorfliste Göfis.
Georg Palm mit beratender Stimme anstelle von Norbert Bechter von der Freien Bürgerpartei.

Ausschuss für Sport und Vereine

Katharina Lampert mit beratender Stimme anstelle von Norbert Bechter von der Freien Bürgerpartei.

Verein Musikschule Walgau

Weitere Delegierte aufgrund der Schülerzahlen Altbgm. Helmut Lampert von der Dorfliste Göfis und Michael Prantner von den Grünen und Parteilosen, Bürgerliste Göfis.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

4. Genehmigung des Pachtvertrages mit der Fa. Back Kultur bzgl. der PV-Anlage "Pfründeweg 3"

Die Gemeinde Göfis errichtete auf der Dachfläche des Wohnhauses Pfründeweg 3 a eine Photovoltaikanlage. Der Pächter beabsichtigt, den von der Photovoltaikanlage erzeugten Strom selbst zu verbrauchen. Ein allfälliger Überschuss wird in das öffentliche Netz eingespeist bzw. einem Stromhändler verkauft.

Das Pachtverhältnis beginnt am 1. Oktober 2020 und wird unbefristet abgeschlossen. Eine Kündigung kann jährlich von beiden Seiten zum 1. Oktober mit einer Avisofrist von 30 Tagen schriftlich erfolgen.

Der Pachtzins beträgt für die eingespeiste kWh 0,12 € zuzüglich 20 % MwSt. und ist jährlich nach Rechnungslegung als Baukostenzuschuss zu bezahlen und wird für 6 Jahre fixiert. Nach 6 Jahren wird gemeinsam der Stromtarif festgelegt.

Zusätzlich trägt der Pächter für 6 Jahre die Zinskosten für die Einkaufsgutscheine der Investoren, das sind bei 30 Stück Sonnenscheinen jährliche Zinskosten in Höhe von € 500,-.

Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag, den vorliegenden Vertrag mit der Fa. Back Kultur, Ruppert Lorenz, zu genehmigen.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

Der Vertrag ist als Bestandteil der Niederschrift in der Urkundensammlung der Gemeinde hinterlegt..

5. Genehmigung einer Garantieerklärung betreffend Zwischenfinanzierungskredit 2021-2025 des Wasserverband Ill-Walgau

Aktuelle Hochwasserschutz-Projekte des Wasserverbandes Ill-Walgau sind ein Hochwasserrückhaltebereich in Bludesch-Gais sowie Hochwasserschutzmaßnahmen in Frastanz, Nenzing, Satteins und Schlins und weiters der Projekt Kapfchlucht in Feldkirch. Der im Jahr 2015 aufgenommene Kontokorrentkredit in der Höhe von € 9.000.000,- läuft 2020 aus. Seitens des Wasserverbandes wurde eine neue Ausschreibung eines Kontokorrentkredits durchgeführt und an den Bestbieter, die UniCredit Bank Austria AG, vergeben.

Für diesen Kontokorrentkredit müssen alle Mitglieder des Verbandes (Gemeinden, Asfinag, ÖBB, VKW, etc.) eine Garantieerklärung in Höhe der Verbandsbeteiligung unterzeichnen.

Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag, für den Anteil der Gemeinde Göfis eine Garantieerklärung in Höhe von € 289.800,- für den bezeichneten Kontokorrentkredit bei der UniCredit Bank Austria AG zu unterzeichnen.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu..

6. Vergabe Leittechnik Wasserversorgung Göfis

Die Steueranlage regelt die Betriebszeiten der Grundwasserpumpwerke Schildried und Tufers je nach aktuellem Verbrauch und Wasserstand in den beiden Hochbehältern. Sämtliche Daten aus allen Anlagenteilen werden gesammelt und ausgewertet. Fehler in der Anlage werden rechtzeitig erkannt und der Bereitschaftsdienst verständigt. Weiters erfolgt eine übersichtliche Darstellung aller Daten.

Im Rahmen der Neuerrichtung des Trinkwasserpumpwerkes Tufers und des Hochbehälters Ecktannen musste im Jahr 2007 die veraltete Schaltzentrale im alten Gemeindeamt erneuert werden. Im Zuge einer Ausschreibung war die Fa. Rittmeyer Bestbieter. Eine Erweiterung der bestehenden Anlage mit anderen Systemen von anderen Firmen ist nicht möglich, da die Anlage nicht kompatibel ist.

Die Unterlagen der Angebotslegung der Elektro-, Mess-, Steuer- und Leittechnik zur Erweiterung der Wasserversorgungsanlage wurde somit an den Ausstatter der vorhandenen Steuerungsanlage vom Planungsbüro Adler und Partner Ziviltechniker GmbH übermittelt. Im Sinne der einschlägigen Gesetze ist dies somit eine Direktvergabe. Die Leistungen wurden innerhalb der Leistungsfrist auf Grundlage von Festpreisen ausgeschrieben.

Die Erweiterung des Systems im Rahmen der Trinkwasserversorgung Tufers sieht folgenden Umfang vor:

- Anpassung Technikhaus Tufers einschließlich Notversorgung aus dem Netz LKH Rankweil
- Einbindung Druckreduzierschacht-Schacht „Unterm Berg“
- Einbindung der UV-Anlage Brunnen Tufers in die Zentrale Göfis
- Datenübertragung und Auswertung in der Zentrale Göfis

Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag, aufgrund der Angebotsüberprüfung und der Vergabeempfehlung des Planungsbüros Adler und Partner Ziviltechniker GmbH, den Auftrag an die Firma Rittmeyer GesmbH aus Wien, zum offerierten Gesamtpreis von € 53.374,55 excl. MwSt. zu vergeben. Das Projekt wird mit 60 % gefördert.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu..

7. Vorlage und Behandlung des Prüfberichtes des Landes-Rechnungshof Vorarlberg

Der Landes-Rechnungshof überprüfte die Gemeinde Göfis mit dem Prüfzeitraum von 2015 bis 2018, fallweise nahm er auch auf aktuelle Entwicklungen Bezug.

Die Auswahl der Gemeinde erfolgte nicht aus einem Anlassfall, sondern nach dem Zufallsprinzip als eine Gemeinde in Stadtnähe. Die Schwerpunkte der Überprüfung waren die finanzielle Situation, Organisation der Gemeinde sowie ausgewählte Themen.

Die Prüfung dauerte von September 2019 bis Juli 2020. Der Ablauf der Prüfung erfolgte mit Startsitzen, der Bereitstellung von Daten- und Informationsmaterial, Zwischenbesprechungen in Göfis und in Bregenz, Gespräche mit Abteilungsleitern und einzelnen Ausschussvorsitzenden, Besprechung des Berichtsentwurfs, der Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme durch die Gemeinde und abschließend die Vorlage des Endberichtes.

Bgm. Thomas Lampert verweist auf ein sehr gutes Gesprächsklima auf Augenhöhe. Die Unterlagenanfragen waren allerdings recht fordernd mit kurzen Erledigungszeiten. Die Prüfung erforderte seitens der Gemeinde Göfis eine beachtliche Bereitstellung von Ressourcen, da der Prüfzeitraum von beinahe einem Jahr sehr lang und intensiv, mit einem teils hohen administrativen und zeitlichen Aufwand verbunden war. Zudem waren die Schnittstellen der Datenübertragung nicht optimal und arbeitsintensiv.

Allen Gemeindevertretern wurde der Landes-Rechnungshofbericht direkt übermittelt. Die weitere Vorgangsweise ist nun die heutige Behandlung des Rechnungshofberichtes als eigenen Tagesordnungspunkt, dann die Vorlage an den Kontrollausschuss des Landtages und im Falle dessen Verlangens, die Behandlung als eigenen Tagesordnungspunkt auf einer Landtagssitzung. Die Gemeinde muss nach einem Jahr den Umsetzungsstand an den Landesrechnungshof berichten und weiters einen Evaluierungsbericht innerhalb von drei Folgejahren erstatten.

Bürgermeister Thomas Lampert legt der Gemeindevertretung eine Übersicht über die 42 Empfehlungen vor und berichtet, welche bereits von der Verwaltung umgesetzt wurden, welche sich derzeit in der Umsetzung befinden und welche noch unerledigt sind.

Weiters sind nachfolgende Punkte von der Gemeindevertretung zu erledigen bzw. werden Ausschüssen der Gemeindevertretung zugewiesen:

Punkt 15: Gesamtkonzept im Bereich Pflege und Betreuung erarbeiten.

Projekt des Ausschusses für Menschen und Gesellschaft

Punkt 25: Potenziale zur Einnahmensteigerung und Ausgabensenkung erheben und realisieren.

Projekt des Ausschusses für Finanzen und Ressourcen

Punkt 27: Gebührenkalkulationen auf Basis einer Kostenrechnung erstellen und jährlich überprüfen.

Projekt der Finanzverwaltung und des Ausschusses für Finanzen und Ressourcen

Punkt 28: Kreditrisiken laufend bewerten sowie Strategie zur Reduktion insbesondere von Fremdwährungsrisiken ausarbeiten und konsequent umsetzen.

Projekt des Ausschusses für Finanzen und Ressourcen

Punkt 31: Vorgaben zum Liquiditätsmanagement ausarbeiten

Projekt der Finanzverwaltung und des Ausschusses für Finanzen und Ressourcen

Punkt 39: Gezielte Maßnahmen zur mittel- bis langfristigen Haushaltskonsolidierung setzen

Projekt des Ausschusses für Finanzen und Ressourcen

Punkt 40: Mittelfristige Finanzplanung einschließlich Investitionsplanung und Übersicht langfristig geplanter Projekte in Gemeindevertretung behandeln und vermehrt als Steuerungsinstrument nutzen

Projekt des Ausschusses für Finanzen und Ressourcen

Punkt 35: Stiftung in Gemeindevermögen aufnehmen

Hier liegt eine Stellungnahme einer Steuerberatungskanzlei vor, die dies als nicht korrekt sieht.

Weiters haben die Fraktionen verschiedene Anfragen an Bgm. Thomas Lampert gerichtet, die dieser bereits im Vorfeld der Sitzung wie folgt schriftlich beantwortete:

ALLGEMEINES

Wie ist die weitere Vorgehensweise mit den Empfehlungen des Prüfberichts?

Einige der Empfehlung werden bereits umgesetzt bzw. werden geprüft. Es sind auch Empfehlungen dabei, des eines politischen Beschlusses bedürfen.

Müssen dem Landesrechnungshof Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen vorgelegt werden?

Der Rechnungshof legt bestimmte Fristen vor, bis zu welchem Rückmeldung über eine Umsetzung oder auch Stellungnahmen über den Status Quo gemeldet werden müssen:

Nach 1 Jahr: Meldung des Umsetzungsstandes an den L-RH

Innerhalb von 3 Folgejahren: Evaluierungsbericht

Verlangt das Land Vorarlberg die Umsetzung der Empfehlungen?

Der Bericht wird im Kontrollausschuss des Landtags behandelt und – sofern es vom Kontrollausschuss so beschlossen wird – auf die Tagesordnung des Landtags in einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

Es ist davon auszugehen, dass eine Umsetzung der Empfehlungen vom Land Vorarlberg begrüßt wird. Es sind aber sicherlich nicht alle „Empfehlungen“ umzusetzen, zumindest aber zu prüfen (z.B. duale Zustellung)

GEMEINSAME ANFRAGEPUNKTE

Seite 37 (Pkt. 15): „Gesamtkonzept im Bereich Pflege und Betreuung erarbeiten“

Gibt es schon Vorstellungen wie und von wem dieses Konzept erstellt wird?

Wird diesbezüglich eine gesonderte Projektgruppe erstellt, welche dieses Konzept erarbeitet?

Dieses Thema sollte im Ausschuss für Menschen und Gesellschaft behandelt werden. Zu empfehlen wäre hier, sich externe Beratung beizuziehen (z.B. Care Management)

ANFRAGEN DER BÜRGERLISTE GÖFIS

Seite 6: „Die Protokollführung ist zu verbessern

Um die Protokolle welcher Gremien handelt es sich hierbei? Was wurde bemängelt?

Sofern die Protokolle der Ausschüsse gemeint sind, bitten wir um genaue Anweisungen an die Schriftführer*innen der Ausschüsse.

Verbesserungspotenzial sieht der Landes-Rechnungshof im Umgang mit möglichen Interessenskonflikten. Insbesondere bei der Beauftragung von Unternehmen im Eigentum von Gemeindevertretern sind Befangenheiten wahrzunehmen und zu protokollieren.

Direktvergaben ohne Vergleichsangebote sind nach Möglichkeit zu vermeiden.

Beschlüsse auf Grundlage von Nettobeträgen sollen nur bei möglichem Vorsteuerabzug erfolgen.

Seite 14: „Im Jänner 2020 trat die Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Beschaffung und Vergaberecht Vorarlberg bei.

Wann und in welchem Gremium wurde dieser Beitritt beschlossen? Fallen

Mitgliedsbeiträge an?

Die Gemeindevertretung fasst am 9. Mai 2019 einstimmig den Beschluss der Verwaltungsgemeinschaft Beschaffung und Vergaberecht Vorarlberg mit 1. Jänner 2020 beizutreten.

Die beim Vorarlberger Umweltverbandes angesiedelte Verwaltungsgemeinschaft Beschaffung und Vergaberecht Vorarlberg übernimmt für die Gemeinden ein vergaberechtliches Coaching und unterstützt sie bei der Abwicklung von Vergabeverfahren. Das kann unter anderem die Wahl des Vergabeverfahrens, die Abstimmung der Ausschreibungs- und Vertragsbestimmungen, sowie der Zuschlagskriterien, die Durchführung der Bekanntmachung, eine Moderation der Angebotsöffnung, die formale Angebotsprüfung etc. sein.

Es entstehen keine Fixkosten, die Abrechnung erfolgt nach Aufwand und Inanspruchnahme.

Seite 19: „... aber auch ein Gemeindebediensteter ohne Einholung von Vergleichsangeboten beauftragt.“

Um welchen Gemeindebediensteten, um welche Tätigkeiten und finanziellen Summen handelt es sich hierbei?

Es wurden kleine Sanierungen im Betrag unter € 1.000,-- an Bernhard Nägele, damals noch Mitarbeiter der Gemeinde Göfis, mit seiner Firma Werkraum vergeben.

Die Vergaben erfolgten u.a. auch um kleine Reparaturen und Maßnahmen schnell und zielorientiert zu erledigen.

Seite 22: „Für den Gemeindesekretär ist eine Stellvertretung nur in Teilbereichen geregelt. Eine Beschreibung der wesentlichen Arbeitsabläufe besteht nicht.“

Welche Schritte zur besseren Stellvertretung sind geplant? Bis wann werden sie umgesetzt?

Eine umfassende Stellenbeschreibung mit einer entsprechenden Stellvertreter-Regelung für den Gemeindesekretär ist derzeit in Arbeit

Seite 24: „Tätigkeiten wie die Betreuung und Instandhaltung der Straßenbeleuchtung oder Mäh-, Kehr- sowie Winterdienste werden in Zusammenarbeit mit einem örtlichen Unternehmen durchgeführt.“

Um welche Tätigkeiten handelt es sich hierbei genau?

In welchem finanziellen Ausmaß werden in diesen Bereichen Aufträge an besagtes Unternehmen vergeben?

Bis auf die Vergabe des Winterdienstes sind uns keine entsprechenden Beschlüsse bekannt. Müssen entsprechende Beschlüsse nachgeholt werden?

Für das kommende Jahr sollten entsprechende Rahmenverträge abgeschlossen werden und andere Angebote eingeholt werden.

Straßenbeleuchtung: Alle Instandhaltungsmaßnahmen, welche elektrotechnische Kenntnisse sowie eine elektrotechnische Ausbildung erfordern, werden vorwiegend an das E-Werk Frastanz bzw. an die Firma Elektro Reisegger vergeben. Bei größeren Instandhaltungsmaßnahmen werden Angebote eingeholt, welche dann den zuständigen

Gremien zur Vergabe vorgelegt werden. Alle anderen Instandhaltungsmaßnahmen an der Straßenbeleuchtung (z.B. Lampenwechsel, Instandhaltungsarbeiten an Masten ...) werden durch den Bauhof der Gemeinde Göfis ausgeführt.

Auftragssumme pro Jahr rund € 3.000,-

Mäh- und Kehrarbeiten: Diese Tätigkeiten werden, sofern sie nicht durch den Bauhof der Gemeinde Göfis ausgeführt werden können, an Unternehmen vergeben. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Regiearbeitsleistungen. Die Regiepreise werden in unregelmäßigen Abständen von verschiedenen Unternehmen eingeholt. Auf Grund dieser Preisvergleiche erfolgt dann die Arbeitsvergabe. Beim Preisvergleich werden auch Ortskenntnisse des Unternehmens sowie kurze Anfahrzeiten berücksichtigt.

Auftragssumme pro Jahr rund € 5.000,- für Mäh- und Kehrarbeiten im Bereich Straßen und ca. € 15.000,- pro Jahr für Pflegearbeiten im Bereich Gewässer (gefördert).

Die Winterdienstarbeiten wurden jeweils vom Gemeindevorstand vergeben. Bei der Gemeindevorstandssitzung vom 6. Oktober 2020 wurde der Winterdienst für die nächsten drei Jahre an den Billigstbieter, die Fa. Gabriel aus Göfis, vergeben. Von drei eingeladenen Unternehmern aus der Region haben zwei ein Angebot abgegeben.

Der Gemeindevorstand fasst in der Sitzung vom 18. Juni 2019 einen Grundsatzbeschluss über die Vergabe des Neophyten-Management sowie von jährlichen Bekämpfungsmassnahmen durch die Fa. Werner Gabriel.

Seite 25: „Die gemeindeeigene IT-Infrastruktur ... wird vom Leiter des Bauamts betreut, eine Vertretung steht nicht zur Verfügung.“

Welche Maßnahmen werden gesetzt, um in diesem Bereich mehr Absicherung zu erreichen?

Bereits seit mehreren Jahren werden verschiedenste Arbeitsbereiche, welche für die tägliche Abwicklung wichtiger Amtsgeschäfte erforderlich sind, Schritt für Schritt auf WEB-basierte Technologien umgestellt. Diese werden von der VTG (Vorarlberger Informatik und Telekommunikation GmbH) bzw. von der Gemeindefinformatik gehostet und gewartet. Für den Zugriff ist lediglich ein handelsübliches Endgerät ohne speziellen Installationsaufwand erforderlich. Darunter fallen z.B. alle Register (Meldeamt, Grundbuch, ...), die gesamte Buchhaltung, die elektronische Aktenverwaltung (VDOK – wird derzeit eingeführt), das Sitzungsmanagement, die Kindergartenverwaltung, WEBGIS und Facility Management, usw. Spezielle IT-Kenntnisse sind noch zum Betrieb der gemeindeeigenen Server (Netzwerkmanagement, Firewall, Mailserver, Datenserver, Anwendungsserver, Leittechnik und Sicherungsserver) erforderlich. Die gesamte Serverinfrastruktur wurde aber bereits vor mehreren Jahren auf eine moderne virtuelle Servertechnologie auf Basis Microsoft HyperV Server umgestellt. In speziellen Fragen bezüglich Updates auf neue Versionsstände sowie zu Fragen im Bereich Firewall und Netzwerktopologie werden wir von der Firma TRIWARE aus Rankweil unterstützt. Diese Firma hat bei einem Ausfall des EDV-Leiters Zugang zum gesamten Administrationsbereich.

Über die Netzwerkinfrastruktur selbst (Verkabelung in den gemeindeeigenen Gebäuden incl. den dazugehörigen Router, Switches und Glasfaserleitungen) besteht eine sehr ausführliche Dokumentation. Diese wird auch laufend auf aktuellem Stand gehalten. Erforderliche Wartungs- und Ausbaurbeiten sollten von jedem IT-Techniker mit Hilfe dieser Dokumentation durchgeführt werden können.

Mittelfristig könnte die Betreuung der gesamten IT-Infrastruktur der Gemeinde Göfis auch durch eine regionale IT-Abteilung mit entsprechendem Fachpersonal im Rahmen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit ausgelagert werden.

Seite 26: „Das Leistungsspektrum des Bauhofs ist umfangreich, klassische Kernaufgaben werden hingegen von Externen erbracht.“

Welche Kernaufgaben werden an Externe vergeben? Aus welchem Grund? Welche Leistungen werden für Dritte erbracht? Wie werden sie verrechnet?

Wesentliche Bereiche des Gemeindebauhofes sind die Betreuung der Wasserversorgung, der Park- und Grünanlagen, der Gemeindestraßen und öffentlichen Plätze sowie die Hausmeistertätigkeit in den über 20 Gebäuden. Die Auslagerung von Tätigkeiten erfolgt in jenen Bereichen, in den keine geeigneten Geräte und Maschinen zur Verfügung stehen (z.B. Straßenreinigung etc.)

Da der Gemeindebauhof die komplette Wasserversorgung betreut, werden auch Hausanschlüsse über den Gemeindebauhof hergestellt und dann den Bauwerbern verrechnet.

Seite 27: „Zu Beschaffungsvorgängen liegen keine internen Regelungen hinsichtlich Zuständigkeiten, Wertgrenzen oder Vergleichsangeboten vor.“

Dieser Punkt wird auch vom Göfner Prüfungsausschuss seit Jahren kritisiert. Wer arbeitet diese Kriterien für die Beschaffung aus und prüft ihre Umsetzung? Bis wann wird diese Regelung vorliegen?

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Bereiche der Beschaffung, wie z.B. Reinigungsmaterialien, EDV-Bedarf, Kopierpapier etc., zentral organisiert. Dies erfolgt fast ausschließlich über die Services des Öko-Beschaffungsservice der Vorarlberger Gemeinden und der BBG (Bundesbeschaffung) in den Bereich Telefonanbieter, Feuerwehrbedarf, Streusalz etc.

Eine einheitliche Beschaffung im Kindergartenbereich wird derzeit angedacht und besprochen.

Seite 31: „Ein angemessenes sowie wirtschaftlich und zweckmäßig gestaltetes IKS ist auch auf Grund aufgetretener Malversationen bei öffentlichen Einrichtungen von großer Bedeutung. Entsprechende Standards und Richtlinien bilden dabei eine zentrale Grundlage. Derzeit besteht in der Gemeinde keine IKS-Richtlinie.“

Ist die Ausarbeitung einer IKS-Richtlinie geplant? Wenn ja, wie und bis wann? Gab es in Göfis Fälle von Malversation?

Eine IKS-Richtlinie ist derzeit intern in Ausarbeitung. Bis dato wurden keine Fälle von Malversation in Göfis festgestellt.

Die im Rechnungshofbericht angeführten Malversationen beziehen sich auf die Vorfälle in der Gemeindeinformatik bzw. bei der Stadt Dornbirn. Damit sollte der Vermeidung von ähnlichen Fällen vorgebeugt werden.

Seite 35: „im Bereich der Errichtung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgebäude ... zeigte sich seit dem Jahr 2004 eine zunehmende Unterdeckung.“

Was ist hier gemeint? Die Mieteinnahmen sind geringer als die anfallenden Kosten? Wir bitten um eine Aufstellung der Entwicklung der letzten 10 Jahre.

Werden die Betriebskosten der gemeindeeigenen vermieteten Gebäude und Wohnungen nach Verbrauch abgerechnet? Gibt es Ausnahmen?

Über die Entwicklung des marktorientierten Betriebes „Wohn- und Geschäftsgebäude“ wurde jährlich im Rahmen des Rechnungsabschlusses auch eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben zu Kenntnis gebracht und als Niederschriftsbeilage publiziert. Die Aufstellungen enthalten die jeweiligen Jahresaufwände und Tilgungsbeiträge. Zahlreiche Investitionen und Sanierungen wurden jedoch nicht mittels Darlehen finanziert und schlagen sich somit im Gesamtbetrag des jeweiligen Jahres nieder, da es damals abrechnungstechnisch nicht möglich war, diese Beträge abschreibungskonform zu verbuchen.

Da in den vergangenen 20 Jahren viele Gebäude gekauft und saniert bzw. teilsaniert wurden, standen den Mieteinnahmen höhere Ausgaben gegenüber. Weiters lässt sich eine Teilung aufgrund auch von einer öffentlichen Nutzung von Gebäudeteilen eine exakte Abgrenzung nicht zu, wie z.B. Konsumgebäude mit dem Konsumsaal, Gemeindearchiv etc.

Weiters lässt sich der Bereich Geschäftsgebäude nicht als reiner „Wirtschaftszweig“ betrachten. Es sind hier auch Nahversorgungsgedanken, Dorf- und Zentrumsentwicklung sowie Nachhaltigkeit zu betrachten. Im Weiteren ist auch eine Umwegrentabilität, wie z.B. die Kommunalsteuer nicht außer Betracht zu lassen.

Gesamthaft zeichnet sich die Entwicklung dahingehend aus, dass es vermehrt Interessenten für eine Anmietung von Geschäfts- und Büroräumlichkeiten im Ortszentrum gibt.

Seite 41: „Der Landes-Rechnungshof bemängelt, dass der Haftungsumfang nicht ausreichend formuliert ist. Beispielsweise fehlen Regelungen für die Zeit nach Vertragsbeendigung.“

Welche rechtliche Grundlage gibt es, für die Haftung und für Regressforderungen?

Bitte mit dem Sachverständigen abklären.

Kann eine Berichtspflicht des Betreibers zum jetzigen Zeitpunkt noch verlangt werden?

Der Rechnungshof regt bei komplexen Verträgen, wie eben bei der Betriebsvereinbarung für die Aushubmaterialdeponie, eine Beratung und Vertragsformulierung durch einen Juristen an, um eben z.B. einen Haftungsumfang besser zu beschreiben.

Eine Ergänzung der Betriebsvereinbarung mit der Aufnahme der Berichtspflicht ist sicherlich bei einem neuerlichen Vertragsverhältnis mit dem Betreiber, z. B. wegen der Einlagerung von Deponiegut mit einer anderen Schlüsselnummer, noch möglich.

Seite 49: „Die jährlichen Steuereinnahmen sanken um 5 Prozent.“

Aus welchem Grund? Hat sich der Trend nach 2018 fortgesetzt?

Aufgrund der wenigen Gewerbebetriebe in Göfis sind die Steuereinnahmen relativ gering und liegen unter dem Durchschnitt von z.B. Gemeinden aus dem Vorderland. Der Einfluss der Gemeinde auf höhere Steuereinnahmen ist sehr gering. Bei der Grundsteuer ist bereits der mögliche Höchstsatz verordnet.

Die vom Landesrechnungshof empfohlene Einhebung einer Zweitwohnsitzabgabe, die ein erhebliches Einnahmepotential ergeben könnte, kann nicht nachvollzogen werden. Im Landesgesetz über das Zweitwohnsitzabgabengesetz kann die Gemeinde eine Zweitwohnsitzabgabe für Ferienwohnungen einheben. Als Ferienwohnungen gelten Wohnungen oder Wohnräume, die nicht der Deckung eines ganzjährig gegebenen Wohnbedarfs dienen, sondern während des Urlaubs, der Ferien oder sonst zu Erholungszwecken nur zeitweilig benützt werden. Wohnwagen, die für die Dauer von mehr als zehn Wochen aufgestellt werden und die nicht der Deckung eines ganzjährig gegebenen

Wohnbedarfs dienen, sondern während des Urlaubs, der Ferien oder sonst zu Erholungszwecken nur zeitweilig benützt werden etc.

Seite 52: „Beispielsweise waren Betriebskosten eines Vereins und einer Bank in Höhe von insgesamt € 41.300 offen. Diese Forderungen waren mit einer Mahnsperre versehen.“

Um welchen Verein und welche Bank handelt es sich? Wieso wurde eine Mahnsperre erteilt?

Es betrifft den Verein Vereinshaus Göfis sowie die Raiffeisenbank Rankweil und handelt sich um noch nicht geklärte Sanierungs- bzw. Betriebskosten.

Seite 59: „Vorgaben zum Liquiditätsmanagement ausarbeiten“

Gibt es bereits Vorstellungen wie dies umgesetzt wird?

Die Anregung des Rechnungshofes, größere Bauprojekte über ein eigenes Bankkonto abzuwickeln, dienen sicherlich der besseren Übersichtlichkeit im Bereich der Liquidität. Im Zuge des Bauprojektes „Kindergarten und Kleinkindbetreuung Hofen ergaben sich gerade durch die wesentliche Verzögerung der Auszahlung von Förderungen Engpässe in der Liquidität.

Hinkünftig wird auch bei kleineren Projekten die Finanzierung und Bedeckung einer sorgfältigen Begutachtung bedürfen.

Seite 69: „Darüber hinaus veranschlagt Göfis im Jahr 2020 für die Erneuerung der Wasserversorgung in Tufers € 0,50 Mio. wobei bereits im Mai 2020 in den Medien von höheren Gesamtkosten berichtet wurde.“

Um wieviel wurden die beschlossenen Gesamtkosten bereits überschritten?

Bei den für das Haushaltsjahr 2020 veranschlagten € 0,5 Mio handelt es sich nicht um die Gesamtbaukosten. Die Gesamtbaukosten waren bereits vor Baubeginn (zum Zeitpunkt der Antragstellung Landes- und Bundesförderung) mit 0,66 Mio Euro (netto) bekannt.

Folgende Aufträge wurden bisher durch die Gemeindevertretung vergeben:

Planung- und Bauleitung	72.000 €	
Baumeister	511.000 €	
Rohrmaterialien	90.000 €	
Installationen	38.000 €	
Projekterweiterung Pfitz	80.000 €	
Erweiterung Leittechnik	54.000 €	noch nicht vergeben

Somit ergeben sich geschätzte Gesamtbaukosten nach heutigem Stand von € 845.000 netto Die Mehrkosten resultieren im Wesentlichen aus der Projekterweiterung „Ringschluss Pfitz“ sowie aus der Projektadaptierung im Bereich Zusammenschluss der Trinkwassernetze „Wasserversorgung Göfis“ mit dem Netz „Valduna/Wassergenossenschaft Rankweil“ wodurch sich eine Notversorgung der Gemeinde Göfis bei Ausfall beider Trinkwasserbrunnen (Schildried und Tufers) ergibt.

Seite 71: „Mittelfristige Finanzplanung einschließlich Investitionsplanung und Übersicht langfristiger geplanter Projekte in Gemeindevertretung behandeln und vermehrt als Steuerungsinstrument nutzen.“

Welches Gremium wird in die Erstellung der MFP eingebunden?

Grundsätzlich ist für die Mittelfristplanung der Bürgermeister zuständig. Hier wird in Zukunft auch der Ausschuss für Finanzen und Ressourcen eingebunden werden.

ANFRAGEN DER FREIEN BÜRGERPARTEI

Punkt 1. „Befangenheiten entsprechend den rechtlichen Vorgaben wahrnehmen und protokollieren“

Wie hoch belaufen sich die Auftragssummen, welche sich im Zusammenhang mit Befangenheiten und Vergaben ohne Gegenangebote ergeben haben?

Sind auch Befangenheiten im Zusammenhang mit dem Projekt Sebastianwiese / Parkplatz hinter der Sebastiankapelle aufgetreten?

Wie wird künftig Befangenheiten in der Gemeindevertretung als auch im Gemeindevorstand vorgebeugt?

Es sind keine Vergaben an Gemeindevertreter bzw. deren Unternehmen bekannt, bei denen der jeweilige Gemeindevertreter mitgestimmt hat und sich somit über eine Befangenheit hinweggesetzt hat.

Befangenheiten im Zusammenhang mit dem Projekt Sebastianwiese sind nicht bekannt. Es wurden bislang lediglich eine Geländeaufnahme durch ein Vermessungsbüro zum Preis von rund € 1.600,- sowie Planungsarbeiten zum Preis von rund € 1.200,- vergeben und keine Bautätigkeiten durchgeführt.

Punkt 16. „Wohnungsvergaberichtlinie des Landes anwenden und Vergabegründe entsprechend dokumentieren“

Nach welchen Kriterien, wurden Wohnungen bislang vergeben?

Der Gemeindevorstand hat alle Wohnungsvergaben sehr gewissenhaft durchgeführt. Die Vergabegründe wurden nicht protokolliert, um die Vertraulichkeit der jeweils persönlichen Situation des Wohnungswerbers zu wahren. Die Gründe waren dem Gemeindevorstand immer bekannt.

Hinkünftig wird auch das Punktesystem des Landes in der Wohnungsvergabe angewendet.

Punkt 16. „Berichtspflicht des Deponiebetreibers an Gemeinde einführen“

Weshalb wurde dies nicht verlangt, da es sich um die Sicherstellung der Umweltauflagen handelt und auch eine Absicherung darstellt?

Im Genehmigungs-Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch wurde die Berichtspflicht ausführlich geregelt. Die Behörde hat Einsicht in alle Unterlagen und kann jederzeit jegliche Details verlangen und überprüfen. Die Umweltauflagen werden regelmäßig durch die Behörde – BH-Feldkirch – überprüft.

Punkt 19. „Juristische Prüfung wichtiger Vereinbarungen vorsehen“

Wurde in diesem Fall generell ein Jurist zur Prüfung hinzugezogen? Wenn nein weshalb nicht? Wie werden Verträge oder Vereinbarungen künftig geprüft (juristisch)? Ist hier künftig eine Leitlinie vorgesehen, in der eine jur. Prüfung als „Must do“ Punkt eingeschlossen wird?

Der Rechnungshof regt nicht eine generelle Prüfung aller Vereinbarungen durch einen Juristen an sondern lediglich bei wichtigen und komplexen Verträgen. Im Speziellen meint er die Betriebsvereinbarung mit der Betreiberfirma bei der Aushubmaterialdeponie Sigberg. In vielen Fällen, wie z.B. Mustermietvereinbarung, Grundankäufe und Grundverkäufe, Dienstbarkeitsverträgen etc. wurde immer eine juristische Beratung beigezogen.

Kindergarten Hofen

Weshalb wurde keine vorbauliche Untergrund- und Gegebenheitsprüfung am Baustandort durchgeführt?

Was waren alleine die Mehrkosten, welche aus diesem Versäumnis resultierten?

Wurde die erhebliche Kostensteigerung, als auch die Finanzierung durch die Gemeindevertretung beschlossen? Wenn NEIN weshalb nicht und von wem wurden die notwendigen Mehrgelder freigegeben?

Wer war für die Kostenkontrolle des Bauvorhabens zuständig?

Wer war für die Bauaufsicht / Planung und somit auch für die Einhaltung der ursprünglichen Kosten verantwortlich?

Wie wird bei künftigen Projekten diese Situation verhindert? Welche Kontrollmechanismen werden hier geplant?

Warum wurden die Architekturleistungen nicht ausgeschrieben?

Das Grundstück (rund 6.000 m²), auf dem der Kindergarten und die Kleinkindbetreuung Hofen errichtet wurden, war ursprünglich ein Waldgrundstück. Die Gemeinde hatte bereits beträchtliche Einnahmen durch die Verfüllung mit Aushubmaterial auf diesem Grundstück. Weiters konnte das Waldgrundstück in eine Baufläche für den Kindergarten umgewidmet werden. Der Grundstückspreis für Waldfläche beläuft sich auf rund € 1,- pro Quadratmeter, jener für eine Baufläche in dieser Lage auf rund € 300,- bis € 500,- pro Quadratmeter. Der Entscheidungsträger (Gemeindevertretung) hat im Grundsatzentscheid mögliche Mehrkosten in der Untergrundsicherung in Anbetracht der angeführten günstigen Baulandbegründung in Kauf genommen. Eine Untergrundprüfung im Vorfeld hätte keine Kostenreduktion gebracht.

Die Vergaben der einzelnen Gewerke wurden jeweils von der Gemeindevertretung beschlossen, die Mehrkosten waren bekannt.

Die örtliche Bauaufsicht, die Projektsteuerung und das Projektmanagement mit der Kostenkontrolle führte DI Gernot Thurnher aus Feldkirch durch, der in diesem Bereich bereits zahlreiche Projekte begleitete.

Die Gemeindevertretung hat sich für einen Realisierungswettbewerb (Architekturwettbewerb) entschieden und dann das Siegerprojekt ausgewählt und damit das Planungsbüro Marte/Marte Architekten ZT GmbH aus Feldkirch mit der Detailplanung beauftragt.

Offene Forderungen

Aus welchem Grund ist eine so hohe Summe an offenen Forderungen angelaufen?

Was wird als Konsequenz aus diesem Bericht unternommen, um solch eine Situation künftig zu verhindern?

Aufgrund eines Personalwechsels und einer ungünstigen Personalsituation war eine Stelle im Bauamt rund ein Jahr lang nicht besetzt. In diesem Zeitraum konnten verschiedene Tätigkeiten nur unbefriedigend bewerkstelligt werden. Z. B. wurden die Betriebskosten sehr

verzögert vorgeschrieben, fällige Beiträge im Bereich Kanalanschlüsse und Nachtragsbeiträge verzögert bearbeitet etc.

Derzeit erfolgt eine Aufarbeitung dieser Situation mit entsprechenden Mahnungen, Zahlungsvereinbarungen etc.

Gemeindeverschuldung

Welche Strategie zur Schuldenreduktion ist geplant (Empf. 28)

In welchen Fällen fehlten die erforderlichen Beschlüsse durch die GV oder/und der Aufsichtsbehörde?

Welche Maßnahmen werden zu Empfehlung Nr. 31 und 32 künftig getroffen?

Eine Schuldenreduktion kann nur erreicht werden, wenn kurzfristig keine neuen Darlehen aufgenommen werden. Der Schuldendienst beträgt pro Jahr rund 1.000.000,--, damit kann eine jährliche Reduktion der Schulden erfolgen.

Die für den Kontokorrentkredit erforderlichen Urkunden, Beschlüsse und die Genehmigung der Gebarungskontrolle konnte bereits vorgelegt werden.

Derzeit erfolgt die Ausarbeitung eines IKS.

Punkt 17. „Vereinbarung mit privatem Grundstückseigentümer von richtigem Gremium beschließen lassen“

In welchem Gremium wurde es beschlossen? Wurden diese Vereinbarungen der Gemeindevertretung vorgelegt?

Aufgrund des Hinweises des Landesrechnungshofes liegt die Kompetenz der Vereinbarungen mit Manfred Zimmermann, beschlossen vom Gemeindevorstand in den Sitzungen vom 18. Juli 2017 und 27. Mai 2019 aufgrund der Auftragshöhe bei der Gemeindevertretung.

Die Gemeindevertretung genehmigte in der Sitzung vom 29. Juli 2020 beide Vereinbarungen.

ABSCHLIESSEND

In der Diskussion der Gemeindevertretung wird klar und einhellig zum Ausdruck gebracht, dass die Prüfung des Landes-Rechnungshofes auch als wertvolle Fachberatung gesehen werden muss. Im Weiteren stellen die Verbesserungspunkte eine klare Grundlage für künftige Entscheidungen und Aufarbeitungen sowohl für die Politik als auch für die Verwaltung dar.

Bei Großprojekten muss die Kostenkontrolle sowie die Transparenz wesentlich verbessert werden.

Als Kritikpunkt hält die Gemeindevertretung fest, dass zugesagte Förderungen des Landes schlussendlich in mehreren Raten über Jahre zur Auszahlung gelangen und somit von der Gemeinde zwischenfinanziert werden müssen.

8. Genehmigung der 2. Niederschrift vom 1. Oktober 2020

Gegen die Niederschrift der 2. Gemeindevertretungssitzung vom 1. Oktober 2020, die in einer Ausfertigung allen Parteifractionen übermittelt wurde und zudem im Gemeindeamt zur Einsicht für die Gemeindevertreter aufgelegt ist, wurden keine Einwendungen erhoben. Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag, diese Verhandlungsschrift zu genehmigen.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

9. Allfälliges

GR Markus Ammann verweist auf das rege Interesse am Livestream mit 67 Teilnehmern.

GV Georg Palm regt die Sanierung von desolaten Spielgeräten auf dem Spielplatz Hofen an.

GV Margareta Baldessari vermerkt, dass der Spielplatz im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsprojektes entstanden ist und eine TÜV-Abnahme erfolgte. Im Weiteren schließt sie sich der vorgenannten Empfehlung zur Sanierung an.

GV Matthias Gabriel bedankt sich für die konstruktive Diskussion an der Sitzung und empfiehlt, den Livestream noch länger online zum Nachsehen zu belassen.

GV Gerhard Wieser regt eine Bürger*innen-Fragestunde an den Bürgermeister im Vorfeld einer Gemeindevertretungssitzung an.

Bgm. Thomas Lampert appelliert an die Gemeindevertretung und die Bevölkerung, sich an die vorgegebenen Corona-Schutzmaßnahmen zu halten, da die Kapazitäten an den Krankenhäusern bereits ausgeschöpft sind. Derzeit sind 37 Personen aus Göfis an Corona erkrankt.

Ende der Sitzung: 21:15 Uhr.

Bgm. Thomas Lampert, Vorsitzender

Rudi Malin, Schriftführer